

Freitag, den 19. Oktober

1894.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Insertionsgebühr

die 5 gesetzte Petitionen oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn; die Expedition Brückenstraße 34,
Heinrich Nek, Koppernitschstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fuhrik. In
wazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke.
Graudenz: Der "Gesellige". Lautenburg: M. Jung.
Gollub: Stadtkämmerer August.Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Aufschluß Nr. 46.

Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler,
Adolf Mosse, Inhaber, G. L. Daube u. Co. u. sämtl. Filialen
dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Darm-
berg, München, Hamburg, Königsberg u. c.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Oktober.

Der Kaiser ist Mittwoch Vormittag aus Wiesbaden wieder nach Berlin zurückgekehrt. Sein Aufenthalt in Wiesbaden, der vom Dienstag Nachmittag bis Dienstag Abend währt, galt der Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. und der Eröffnung des neuen Theaters in Wiesbaden. Zur Denkmalsent-
hüllung begab sich der Kaiser unmittelbar vom Bahnhof aus. Die Enthüllungsrede hielt Ober-
bürgermeister v. Ihssen, der an den regelmäßigen Aufenthalt des heimgegangenen Kaisers in Wiesbaden erinnerte. Darauf fiel auf Befehl des Kaisers die Hülle des Denkmals. Dasselbe stellt den Kaiser als Siebzigjährigen dar, wie man ihn in Wiesbaden meistens gesehen hat; er trägt den einfachen Interimsuniformrock, das Haupt ist unbedeckt, die Rechte leicht erhoben nach vorwärts gestreckt. Der Kaiser beschied nach der Enthüllung des Denkmals dessen Schöpfer, Professor Schilling, sowie den Ober-
bürgermeister Dr. v. Ihssen zu sich und gratulierte der Stadt zu dem wohlgesungenen Werke. Nach der Enthüllungsfeier fuhr der Kaiser in das königliche Schloss und später nach dem neuen Theater zur Eröffnungsvorstellung. Um 11 Uhr erfolgte die Abreise nach Berlin.

In der Ruhmeshalle des Zeughauses hat am Mittwoch die Nagelung der den vierten Bataillonen der Infanterie-
regimenter, den Pionierbataillonen Nr. 18, 19 und 20 und den ersten Bataillonen der Eisen-
zahnregimenter Nr. 2 und 3 verliehenen neuen Fahnen in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin, der königlichen Prinzen und der bisher in Potsdam eingetroffenen fürstlichen Gäste stattgefunden. Der Kaiser war kurz vorher aus Wiesbaden in Berlin eingetroffen und hatte sich alsbald nach dem Zeughause begeben. Dort waren das kaiserliche Hauptquartier, die Generaladjutanten, Generale à la suite und Flügeladjutanten, der Reichskanzler Graf von Caprivi, der General-Feldmarschall Graf von Blumenthal, der Generaloberst von Pape, der Kriegsminister, der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes der Armee, die kommandirenden Generale des Gardekorps, des 1. bis 11. und des 14. bis 17. Armeekorps, die direkten Vor-
gesetzten der beteiligten Truppentheile und der Kommandant von Berlin, die Kommandeure der

Regimenter, die Fahnen erhalten haben, begleitet von je einem Offizier und einem Unteroffizier, erschienen. Die 132 Fahnen waren armeekorpsweise auf Tischen bereit gelegt. Jede Fahnenstange wurde am unteren Ende von einem Leutnant des betreffenden Regiments gehalten, dem ein ebenfalls zu der Feier befohlener Unteroffizier des Regiments zur Seite stand. Vor den Tischen an den Spitzen der Fahnen hatten die Regiments-Kommandeure Aufstellung genommen. Jedes Regiments Kommandeur war für seine Fahne ein Hammer übergeben worden. Die Tische waren mit Decken von dunkelrotem Sammetstoff bekleidet, die fast bis zur Erde niedersaßen und an ihrem unteren Ende mit einer goldgestickten Borte geschmückt waren. Neben den Sammet waren oben weiße Linnenstücke gebreitet, auf denen neben den Fahnen die Nägel bereit lagen. Die kaiserliche Familie und die Fürstlichkeiten versammelten sich im Lichthof des Zeughauses und traten in die Ruhmeshalle ein, nachdem der Kommandant des Hauptquartiers dem Kaiser gemeldet hatte, daß alles zur Nagelung bereit sei. Der Kaiser schritt zunächst zu den Gardefahnen und schlug in die Fahne des 4. Bataillons des 1. Garde-Regiments z. F. den ersten Nagel, die Kaiserin den zweiten Nagel ein, welcher der Kronprinz, die Prinzen Eitel Friedrich und Albrecht, die Prinzen und Prinzessinen, die deutschen Fürsten u. s. w. folgten. Bei den Fahnen, deren Landesherren anwesend waren, schlugen diese unmittelbar nach dem Kaiser den Nagel für sich und die Mitglieder ihres Hauses ein und es folgte dann erst die Kaiserin u. s. w. In weiterer Reihe schlugen Nägel ein: der Reichskanzler, General-Feldmarschall Graf von Blumenthal, Generaloberst v. Pape, der Kriegsminister und so weiter fort bis zu den Leutnants und Unteroffizieren. Von den Fahnen des Gardekorps begab sich der Kaiser, begleitet von den übrigen höchsten und hohen Herrschaften, zu den Fahnen des 1. Armeekorps u. s. f. und schlug schließlich den letzten Nagel in die Fahne des 4. Bataillons des Inf.-Regts. Nr. 141 (17. Armeekorps) ein. Nach beendigter Nagelung sämtlicher Fahnen begab sich der Hof mit den fürstlichen Gästen nach dem königlichen Schloß, wo in der Wohnung des Kaiserpaars um 1 Uhr Familien-Frühstückstafel und im Apollossaal Marschallstafel stattfand. Die Abfahrt des Kaiserpaars und seiner Gäste nach Potsdam erfolgte um 3 Uhr Nachmittags.

Unheimlich schwoll allmählich der Arbeitsstoff für die bevorstehende Reichstagsession an. Zunächst wird der Staat wieder die weitläufigsten Verhandlungen hervorrufen, dazu kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit Vorschläge zur Abwehr der Umsturzbemühungen und sicher eine Tabaksteuervorlage. Fest angekündigt sind ferner einige Novellen zu den Justizgesetzen und zu dem Unfallversicherungsgesetz, ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlautern Wettbewerbs, eine Börsenreform, das bereits zweimal liegen gebliebene Reichsrechtsgesetz u. v. a., dessen Fertigstellung noch nicht feststeht. Die "Freis. Zeitung" prophezeite schon einen völligen geschäftlichen Bankrott des Reichstags und sie mag darin wohl recht haben. Das in neuerer Zeit die Reichstagsfessionen einen übermäßigen Umfang bei äußerst beschränkten Leistungen angenommen haben und die zur Regel gewordene Beschränkungsfähigkeit die Schwierigkeiten noch vermehrt, ist nicht zu bestreiten. Die Schuld dieser unerquicklichen Zustände liegt aber vorzugsweise in der ziel- und nutzlosen Vereinigung aller möglichen fernliegenden Gegenstände in die Verhandlungen, in der Durchbrechung der sachlichen Berathungen durch Parteistreitigkeiten, in dem Mißbrauch der Rednerbühne zu agitatorischen Zwecken, in der Zeitvergeudung durch breitspurige selbstgesäßige Redner, in der Überlastung des Hauses durch zahlreiche gänzlich nutzlose, dundernde schon zu parlamentarischem Breiterztrete Initiativ-anträge. Unsere parlamentarische Geschäftsbearbeitung ist in vollster Zerrüttung begriffen. Schuld ist aber nicht ein Leibermäz des Arbeitsstoffs, sondern die wachsende Unfähigkeit, die Gegenstände sachlich und mit Verzicht auf Parteiaffiliation zu behandeln.

Die 13 Raten für den Reichstagsgebäudebau sind bekanntlich aus dem aus der französischen Kriegskostenentschädigung zur Verfügung gestellten Fonds entnommen. Dieser belte sich anfänglich auf 24 Millionen Mark. An Zinsen wuchsen denselben 4,7 Millionen zu, bis durch Gesetz vom 11. Mai 1877 der Zinszuwachs eingestellt wurde, so daß der Fonds sich also tatsächlich auf 28,7 Millionen belaufen hat. Die Aufbrauchung des Fonds steht nunmehr bevor. Mit ihm geht der zweite der Reichsfonds aus der Kriegskostenentschädigung zu Ende. Der erste war der Reichseisenbahnaufonds. Von den Fonds

sind noch vorhanden der Kriegsschatz, der Invalidenfonds und der Festungsbaufonds.

Nach einer den preußischen Schulbehörden neuerdings zugegangenen Benachrichtigung ist zur möglichsten Beschränkung und Verhinderung der Schulversäumnisse außer und neben dem regelmäßigen, auf diesem Gebiete angeordneten Verfahren auch eine zwangsweise Hin- und Rückführung der Kinder nach der Schule zulässig. Solche zwangsweise Zuführung wird namentlich in den Fällen empfohlen, wo sich die gewöhnlichen Mittel als unzureichend erwiesen haben oder von vornherein als unwirksam erachtet werden müssen. Die Abholung eines Kindes zur Schule hat in den Gemeinden, wo ein eigener Schuldienner angestellt, dieser letztere, andernfalls auf Erfüllen der Schulinspektion die betreffende Ortspolizeibehörde auszuführen.

Das Oberste Landesgericht in München hat eine für Ehescheidungsprozesse prinzipiell wichtige Entscheidung gefällt. Bisher kam in dem, einen nicht unbedeutenden Theil Bayerns umfassenden Gebiet des preußischen Landrechts allgemein in Ehescheidungsprozessen — auch Katholiken gegenüber — das preußische Landrecht zur Anwendung. Das Oberste Landesgericht hat aber nun in einem konkreten Falle unter Aufhebung der Urtheile der Vorinstanzen entschieden, daß in Ehescheidungsprozessen Katholiken gegenüber das katholische Kirchenrecht anzuwenden sei. Diese Entscheidung ist von großer Tragweite, da das preußische Landrecht eine große Zahl von Ehescheidungsgründen aufstellt, während das katholische Kirchenrecht, da die katholische Kirche die Ehe als ein Sakrament auffaßt, für die eigentliche vollständige Ehescheidung nur nachgewiesenen Gebräuch als Grund zulässt.

Zum Kapitel von der Bahsteigsperrre wird aus Stettin der folgende interessante Beitrag geliefert: Die Vorsteher der dortigen Kaufmannschaft haben unterm 4. d. M. an die königl. Eisenbahndirection zu Berlin den folgenden Antrag gestellt:

Von der am 1. d. M. in Kraft getretenen Bahsteigsperrre werden die hiesigen Kaufleute infosofern empfindlich betroffen, als die Boten, welche die Briefpost zu den Bürgen bringen, sich jedesmal eine Bahsteigkarte lösen müssen, was für ein einzelnes Geschäftshaus eine jährliche Abgabe von etwa 100 M. bedingt. Die königl. Direction erachten wir ergeben, die sehr erhebliche Verkehrsschwierigkeit dadurch erträglich machen zu wollen, daß gegen eine geringe Gebühr Jahresbahsteigkarten ausgegeben werden, deren jede

Fenilleton.

Die Gräfin Wardenberg.

Roman von O. Bach.

(Fortsetzung.)

Heinrich hatte seine Arme schützend um mich gelegt; ich fühlte meine Sinne schwanden, aber auch Heinrichs Gestalt schwankte, und während mein Bruder mich mit roher Gewalt und entsetzlichen Worten aus den Armen des Gleibten, jetzt meines Gatten riss, während Kreuchwitz in ihrer Wut nicht nur Heinrich, sondern auch die Geweihten des Herrn des Betruges, der gemeinsten Verbrechen zieht, Worte, die ich nur noch wie im Traum hörte, suchte Heinrich sich aus den Händen eines dritten Mannes, der nach den beiden Andern eingetreten war, zu befreien, der seine Arme wie eiserne Klämmer um ihn legte und das schadenfrohe, häßliche Gesicht über ihn neigend, halblaut meinte: "Werden Dich schenken machen und Dir die Lust verleiden, Deine Hände nach fremdem Gute auszustrecken."

Weiter weiß ich nichts," schloß Asta mit einem leisen Aufschluchzen ihre Erzählung. "Wir waren die Sinne vollständig verschwunden. Esst nach langen Wochen erwachte ich aus dem tödlichähnlichen Zustande, in dem man mich in das Haus meines Vaters zurückgebracht, und Monate vergingen, ehe die Erinnerung an mein verlorenes Glück, an mein namenloses zurückföhrt.

Was aus meinem Gatten geworden, habe ich, bisher nicht erfahren. Alles, was mein Vater und mein Bruder mir darüber gesagt, ist Lüge, Lüge. Ich weiß, ich fühle es, Heinrich Winter lebt noch, aber all' mein Suchen und Forschen nach ihm ist vergebens gewesen. Was ich in den zehn Jahren gelitten und gerungen, weiß Gott allein, der meine Thränen gesehen, mein Gebet gehört, und auf dessen Barmherzigkeit ich auch jetzt noch baue", schluchzte sie leidenschaftlich auf.

"Zehn Jahre sind seit jener Zeit verflossen, Gräfin?" hatte Förster lebhaft gefragt. "Können Sie mir vielleicht jenen Mann beschreiben, der sich damals in den Dienst Ihres Bruders gestellt hatte?"

Asta schüttelte verneinend den Kopf. "Wenn er mir gegenübersteände, glaube ich, würde ich ihn erkennen," meinte sie leise, "obwohl ich mir bisher vergebens die Züge in's Gedächtniß zurückzurufen gesucht habe."

"Mein Vater lebte damals noch," begann Förster nach einer kurzen Pause, in welcher er sowohl wie Feodora in dieses Nachdenken versunken dagefesselt hatten, "könnte er denn nicht eingreifen in Ihr Geschick, Gräfin?"

Sie lachte bitter auf: "In den Augen meines Vaters war auch der Hausarzt nur ein etwas höher besoldeter Diener, dem man nicht das kleinste Recht einräumte. Nebrigens durfte er mich in jener schweren Krankheit nicht behandeln, Harald hätte meinen guten, treuen Förster und behauptete, daß ich nur durch den Umgang mit ihm die schändlichen, demokratischen Ideen, die

an Allem rüttelten, was heilig sei, eingesogen habe. Ach, wenn ich es vermocht und gewagt hätte, Ihren Vater zum Vertrauten meines Geheimnisses zu machen, es wäre wohl Alles anders und besser geworden."

Förster hatte sich nach den letzten Worten der Dame erhoben; eine seltsame Bekommlichkeit hatte sich seiner bemächtigt; er wagte es nicht, den Blicken Feodora's zu begegnen, die, seinem Beispiel folgend, auch aufgestanden war und, den Arm um Asta's Leib schlingend, stand, ohne ein Wort für ihre durch die Tante Erzählung mächtig aufgewühlten Gefühle zu finden.

"Vielleicht, Gnädigste, gelingt es mir, dem Sohne, das auszuführen, was der Vater zu thun verhindert war," hatte Förster, Abschied nehmend, gemeint, "der Faben ist sichtbar verwirrt. Ihre Krankheit, Gräfin, wie die Ihres Herrn Bräutigams, waren treffliche Bundesgenossen für die Absichten Ihrer Verwandten. Aber zehn Jahre sind noch kein allzu langer Zeitraum, und ein gütiger Zufall kommt oft grade da zu Hilfe, wo man es am wenigsten erwartet hatte. Vielleicht," suchte er zu scherzen, "hat mich das Schicksal dazu ausersehen, den gordischen Knoten zu zerschneiden; mein Hiersein ist mir ein Beweis dafür, daß es mir vergönnt sein wird, Ihnen zu dienen. Nebrigens muß ich jetzt doppelt dankbar dafür sein, daß ich dem Grafen Harald nicht vorgestellt worden bin; wahrscheinlich hätte sich sein Hass gegen meinen Vater in erhöhtem Maße auf mich

"Sehr wahrscheinlich", lachte Feodora leise, indem sich ein helles Roth über Stirn und Wangen ergab. "Onkel Harald sähe es wohl am liebsten, wenn wir, Tante und ich, wie weiland die arme Barbara Ubrik, von deren Schicksal mir meine Mama erzählt hat, uns einsperren ließen. Er hat nur dabei vergessen, daß ich aus anderem Stoffe geformt bin, wie Tante Asta, die leider dem ersten mächtigen Sturm unterlegen ist, während ich jedem gewappnet gegenüberstehen würde."

Er blickte sie forschend an, aber sie hatte trotz der so tapfer klingenden Worte die Augen zu Boden gesenkt, und ihre kleine, weiße Hand zitterte, als sie ihm dieselbe zum Abschied reichte.

Die Erzählung Asta's, — das eigentümliche Wesen Feodora's bei der letzten Trennung, hatte Richard Förster gerade lebhaft beschäftigt, als er, wie wir gesehen, Altman begegnete.

Wie ein Schleier fiel es von seinen Augen; auf einmal wußte er, wo und wann er das Original jenes interessanten Bildes, welches ihm Asta gezeigt, gesehen; eine Nehnlichkeit konnte ihn ja täuschen, der Name war ein anderer gewesen, dessen erinnerte er sich genau, — aber was bedeutet ein Name! — Unbedingt mußte er mit Altman in Verbindung treten — wie er sich fest vornahm, alte aufgegebene Beziehungen wieder anzuknüpfen, um sich Klarheit über die Vergangenheit zu verschaffen.

(Fortsetzung folgt.)

von jedem Komtoordner einer bestimmten Firma benötigt werden darf.

Die königl. Eisenbahndirektion hat darauf unterm 12. d. M. geantwortet:

Wir bedauern, dem Antrage vom 4. Oktober d. J. Nr. 839/10 nicht entsprechen zu können, da die Verausgabung von Jahresbahnscheingarten nach den bestehenden Bestimmungen unzulässig ist.

Der deutsche Handel des deutschen ostafrikanischen Schutzgebietes für das Jahr 1893 belief sich nach dem "Deutschen Kolonialblatt" auf 7712 822 Mark Wert der Einfuhr und 5 580 739 Mark Wert der Ausfuhr.

In einer Erörterung über die Maßregeln gegen den Umsturz schreibt die "Köln. Btg.":

Jede Überschreitung der Grenzen, innerhalb deren seitens einer Mehrheit im Reichstage auf eine Zustimmung mit leidlicher Gewissheit zu rechnen ist, kann nur eine Niederlage der Regierungen zur Folge haben. Diese Grenzen lassen sich auch durch eine Reichstagsaufsicht zu Gunsten eines schärferen Vorgehens nicht verrücken. Denn die Unabhängigkeit der Parteien, ihrer Presse und ihrer Versammlungen von den Organen der jeweiligen herrschenden Regierungsmacht ist nicht nur jetzt, sondern immer, und nicht nur bei einer Partei, sondern bei allen Parteien bis zur äußersten Rechten hin eine Lebensfrage. Die Besorgnisse, welche von einzelnen Stimmen, namentlich auch von Süddeutschland her, wegen eines Vorgehens der Regierungen in dem Sinne ausgesprochen worden sind, daß sie die Presse und die Versammlungsfreiheit in erheblichen Umfangen unter polizeiliche Willkür stellen und mit dehnabaren Haftschlußbestimmungen das Strafgesetzbuch bereichern werden, halten wir deshalb in den jetzigen Beiträgen für unbegründet.

Das, was die "Köln. Btg." hier als "unmöglich" verwirkt, nämlich ein Konflikt mit dem Reichstage, ist genau das, was andere national-liberale und freikonservative Zeitungen seit Wochen als das unerlässliche bezeichnet haben.

Vom Dresdener Amtsgericht wurde der Leiter einer polizeilich aufgelösten sozialdemokratischen Versammlung zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt, weil er in jener Versammlung beleidigende Äußerungen des Versammlungsredners gegen den Fürsten Bismarck, Crispi und den Reichstagsabgeordneten Hänichen unerhört gelassen habe. Der Versammlungsredner war deshalb zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Nach der Auffassung des Dresdener Gerichts kann also jemand für Beleidigungen verantwortlich gemacht werden, die ein Anderer begeht. Das ist in der That eine selbst für sächsische Verhältnisse neue Auffassung.

Aus dem Disziplinarprozeß gegen den ehemaligen Kanzler von Kamerun, Leist, verdient besonders das energische Eintreten des Vertreters des Auswärtigen Amtes für eine uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Offenlichkeit ebenso hohe Anerkennung, wie die Begründung dieses Schrittes von einem richtigen Verständniß der Bedeutung der öffentlichen Meinung zeugt, ein Verständniß, das leider in letzter Zeit in so manchem Strafprozeß unserer ordentlichen Gerichte nicht immer in vollem Maße vorhanden gewesen zu sein scheint. Ueberhaupt hat es selten ein Vertreter der Staatsanwaltschaft verstanden, in so völlig treffender und überzeugender Weise den Empfindungen der öffentlichen Meinung Ausdruck zu geben wie in dem Disziplinarprozeß gegen den Kanzler Leist. Dieser Prozeß erinnert an einen anderen Disziplinarprozeß, welcher vor kurzem gegen den westpreußischen Lehrer Nugel geführt worden ist. Nugel hatte weiter nichts gethan, als am Sonntag vor der Kirche Flugblätter und Stimmzettel für den freisinnigen Reichstagkandidaten verbreitet. Deshalb wurde er zuerst von der Disziplinarkammer zu Danzig zur Amtsenthebung verurtheilt, während der Disziplinarhof in Berlin gegen ihn auf Versezung in ein anderes Amt von gleichem Range unter Verlust des Anspruchs auf Umzugskosten erkannte. Herr Leist soll also nach dem Potsdamer Erkenntnis, abgesehen von der Gehaltsverminderung um ein Fünftel, nicht härter bestraft werden, als wenn er nur freisinnige Stimmzettel verbreitet hätte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarischen Liberalen werden auch fernerhin bezüglich der noch unerledigten kirchenpolitischen Vorlagen Wellerle treu zur Seite stehen und dem Magnatenhause Troz bieten. Die am Dienstag Abend in Pest abgehaltene Konferenz der liberalen Partei beschloß, gemäß dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Dr. Wellerle im Abgeordnetenhaus für die unveränderte Aufrechterhaltung der vom Magnatenhause nicht angenommenen Gesetzentwürfe betreffend die freie Religionsübung und die Judenrezeption zu stimmen. Ferner wurde beschlossen, daß die Partei die von dem Magnatenhause vorgenommenen Änderungen an dem Gesetz über die Religion der Kinder akzeptiere, jedoch die Regierung vollmächtige, im Abgeordnetenhaus, eventuell im Magnatenhause zu beantragen, daß ein Paragraph entsprechend den in diesem Gesetz ausgelassenen Bestimmungen in den Gesetzentwurf betreffend die freie Religionsübung aufgenommen werde.

Rußland.

Im Befinden des Zaren muß wieder, wie ein von uns gestern veröffentlichtes Telegramm bereits meldete, eine Verschlimmerung eingetreten sein. Darauf läuft auch ein offizielles Bulletin schließen, welches in einem Extrablatt des Petersburger "Regierungsboten" wie folgt mitgetheilt wird: In einem am Dienstag in Livadia stattgehabten ärztlichen Konsilium, an welchem die Professoren Leyden und Sacharin, Doktor Popow und der Chrenleibchirurg Benjaminow teilnahmen, wurde folgendes Bulletin über den Gesundheitszustand des Zaren geschlossen: "Die Nierenkrankheit hat sich nicht gebessert, die Kräfte haben sich verringert. Die Aerzte hoffen, daß das Klima der Südküste der Krim wohlthätig auf den Gesundheitszustand des hohen Kranken einwirken wird."

Wie einem Berliner Blatt gemeldet wird, soll sich das Befinden des Kaisers derart verschleamt haben, daß die Reise nach Kofu unterbleiben wird.

Der erste Schritt zur Besiedelung der neuen Bahnstrecken in Sibirien ist gethan. Der Gouverneur von Charkow hat die ihm untergebenen Landhauptleute durch ein Birkular angewiesen, Bauern zur Ansiedelung längs der sibirischen Eisenbahn in den Gouvernementen Tobolsk und Tomsk und im Gebiet Altmolin aufzufordern. Da die Regierung, nach dem Birkular des Gouverneurs, den Uebersiedlern indessen nur billige Fahrt nach dem Orte ihrer Wahl und Unterstützung an den Provinzirungspunkten gewährt, wird es sich erst noch zu zeigen haben, ob die Maßregel nennenswerten Erfolg hat.

Frankreich.

Der Präsident Casimir-Périer empfing Montag Nachmittag den Großfürsten Vladimir von Russland. Dem Großfürsten, welcher in einem offenen Wagen im Elysee eintraf, wurden die militärischen Ehren erwiesen. Der Präsident der Republik war während des Besuchs, welcher eine halbe Stunde dauerte, von seinem Zivil- und Militärstaat umgeben. Der Präsident wird den Besuch des Großfürsten erwider.

Belgien.

Nach dem offiziellen Resultat der Wahlen sind in die Kammer gewählt: 77 Katholiken, 7 Liberale und Radikale, 12 Sozialisten. Unter letzteren befinden sich 3, deren Parteirichtung mehr liberal-radikal ist. Stichwahlen müssen in 56 Wahlkreisen stattfinden; ein großer Theil derselben soll angeblich für die Sozialisten günstig sein. In Folge einer privaten Unterredung zwischen Delegirten der Liberalen und Sozialisten betrifft der am nächsten Sonntag stattfindenden Stichwahlen hat der Generalrat der Arbeiterpartei eine Resolution gefaßt, in welcher die Wähler aufgefordert werden, bei der Stichwahl für diejenigen Kandidaten zu stimmen, welche sich schriftlich verpflichten, für das allgemeine Stimmrecht bei Kommunal- und Provinzialwahlen ohne Einschränkung und gegen Schätzolle einzutreten.

Bulgarien.

Die Sobranje ist laut einer im "Amtsbl." veröffentlichten Verordnung auf den 27. Oktbr. einberufen worden. Zugleich wird amtlich das Dekret betreffend Annahme der Demission Tontschews veröffentlicht.

Das Regierungsbatt "Mir" veröffentlicht das Demissionsgesuch Tontschews vom 18. Okt., in welchem die Regierung der gesetzwidrigen Wahlbeeinflussung beschuldigt wird.

Urien.

Zum japanisch-chinesischen Kriege liegen keinerlei belangreiche Meldungen vor. In Shanghai ist das bisher völlig unbestätigte Gerücht verbreitet, Port Arthur sei von den Japanern genommen worden. Ein anderes Gerücht besagt, Hauptmann v. Hannen liege im Sterben in Folge der Blutzerstörung, die nach seinen Verbündeten eingetreten sei. Wie dem "Reuter'schen Bureau" aus Witsju gemeldet wird, stehen sich die japanische und die chinesische Armee noch an den Ufern des Yaluflusses gegenüber. Der japanische General Yamagata erwartet noch schwere Artillerie, ehe er zum Angriffe übergeht. Von Spionen wird die chinesische Streitmacht auf 25 000 Mann geschätzt.

Provinzielles.

Gollub, 16. Oktober. Wie es bei den russischen Beamten mit der Treue steht, zeigt der folgende interessante Vorfall. Die Grenze ist gesperrt, aber geschmuggelt wird doch; und diesen Schmuggel treiben sogar russische Beamte. Der russische Beamte Sz. bei der Kammer in Dobrzyn war jedesmal so glücklich, auf der polnischen Seite der Drenzow an einem bestimmten Orte Packete, welche für ihn bestimmt und von preußischer Seite hinüber geworfen waren, zu finden. Dabei gönnte er aber den Grenzpolaten, die übrigens auch einen Anspruch auf die Vortheile dieses sauberen Geschäfts hatten, indem sie die Augen zu drücken, nichts; dafür waren sie dem Sz. nicht gerade zugethan und beschlossen, ihn bei seinem Schmuggeln abzufangen. In der vergangenen Nacht gelang es ihnen auch. Ein Soldat legte sich auf die Lauer, und als Herr Sz. kam, seine Packete abzuholen, schoß der Grenzwächter sein Gewehr ab (russisches Signal, daß Hilfe nötig ist), von allen Seiten kamen nun die Grenzpolaten angesprengt, nahmen den Sz., da er nicht mehr entweichen konnte, gefangen und übergaben ihn zur weiteren Bestrafung seiner höheren Behörde.

Culm, 17. Oktober. Der Kommandant des hiesigen Jäger-Bataillons Herr Oberstleutnant Gaspari, ist bis zum 1. Dezember beurlaubt und hat seine Vertretung Herr Hauptmann Abich übernommen.

r. Schulz, 17. Oktober. In der gestrigen evangelischen Kirchenrat- und Gemeinde-Vertreter-Versammlung wurde beschlossen, der neuen Kirche auch eine neue Orgel zu geben. Die alte Orgel ist beim Umbau der Kirche durch die Witterungsverhältnisse fast werthlos geworden und würden die Reparaturkosten sehr bedeutend sein. Außerdem kommt die Gemeinde sehr leicht dazu, eine neue Orgel anzuschaffen. In der Kirchenkasse ist noch ein Baubarstand von ungefähr 2500 Mark vorhanden. Herr Kaufmann Wegener, welcher auch Vorstand der Kirchengemeinde ist, hat der Kirche in hochherziger Weise 1000 M. geschenkt. Da nun die neue Orgel 5000 M. kosten soll, so würden noch ungefähr 1500 M. aufzubringen sein. Ginstweilen soll eine Notorgel aufgestellt werden. Um mehr Raum für die neue Orgel zu gewinnen, soll der Orgelchor noch um das Doppelte vergrößert werden.

r. Neumel, 17. Oktober. Herr Gutsbesitzer Dembel in Marienhof hat bei der heute in Berlin eröffneten Gersten- und Hopfenausstellung den ersten Preis für besten Hopfen des Bezirks Ostpreußen und anderer nord- und ostdeutsche Gebiete erhalten. Bei der im Vorjahr abgehaltenen "Allgemeinen deutschen Hopfenausstellung" in Neutomischel wurde Herrn Dembel auch die silberne Medaille zuerkannt.

Aus dem Kreise Granden, 16. Oktober. Da vom Eisenbahnfiskus aus den Kiesgruben des Gutes Rondorf nicht mehr Kies bezogen wird, ist der von der Bahnverwaltung zum Kieslager gelegte Schienestrang aufgenommen worden.

Ebing, 17. Oktober. Ein roher, jähzorniger Mensch scheint der Drechslerlehrling Ernst K. von hier zu sein. Derselbe erhielt am Montag von hier zu sein Meister einen Verweis, weil er eine ihm übertragene Arbeit verdorben hatte. Hierüber war der Junge so erbost, daß er einen eisernen Hammer ergriff und mit demselben seinem Meister einen wichtigen Schlag gegen den Kopf versetzte, sodass dieser schwer verletzt wurde und sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Selbstverständlich wurde der Lehrling sofort aus der Lehre entlassen und gegen ihn ein Strafantrag eingereicht.

Danzig, 16. Oktober. Bekanntlich wurde dem Reichskanzler Grafen Caprivi aus Dank für das Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages das Ehrenbürgerecht der Stadt Danzig verliehen. Nun mehr wird in den nächsten Tagen eine Deputation, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Dr. Baumhau, Stadtverordneten Vorsteher Steffens, Geheimen Kommerzienrath Damme und einem Stadtrath, dem Reichskanzler den Ehrenbürgerbrevier überreichen. Das Grundmotiv für den Brief bildet die allegorische Darstellung der Stadt Danzig. Der Ehrenbürgerbrevier hat folgenden Wortlaut: "Wir, der Magistrat der Stadt Danzig, beurkunden hiermit, daß wir unter einmütiger Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung Seiner Exzellenz dem Kanzler des Deutschen Reiches, General der Infanterie Grafen v. Caprivi, Ritter höchster Orden, in ehrbietiger Anerkennung seiner unvergänglichen Verdienste um das Vaterland, in aufrichtiger Würdigung seiner weitblickenden Leitung der inneren und äußeren Angelegenheiten des Reiches, in dankbarem Hinblick auf sein unermüdetes erfolgreiches Streben, die Handelsverhältnisse Deutschlands zu fördern, von welchem auch Danzig das Wieder aufleben einstiger Blüthe erhofft, das Ehrenrecht unserer Stadt verliehen haben." Der Brief wird in einer silbernen, reich mit Gold verzierten Kapself aufbewahrt, welche das Wappen Caprivi's und Danzig's trägt. Diese Kapself ruht auf einem nicht minder kostbaren Postament von Ebenholz, welches mit Silber und Elfenbein reich ausgelegt ist.

Aus dem Kreise Neustadt, 15. Oktober. Eine abgeuliche Robheit beginnen gestern mehrere Knaben in der Ortschaft Köln. Sie goßen der etwa 4jährigen Tochter des jüdischen Handelsmannes Michaelis Petroleum über die Hand und zündeten es an. Glücklicherweise eilten auf das Geschrei des armen Kindes sofort Helfer herbei, welche durch Löschern der Flammen schlimme Folgen abwanden; doch hat das Kind arg Brandwunden erlitten.

Ostrowo, 14. Oktober. Ein halbes Jahr ist bereits verflossen, seitdem die beiden Nowiki, Vater und Sohn, durch das Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurtheilt wurden, und noch ist ihr Doos nicht entschieden. Nach Verwerfung der von ihrem Vertheidiger eingebrachten Revision durch das Reichsgericht schickte man die Prozeßakten dem Justizminister, der sie dem Kaiser unterbreiten sollte. Bis jetzt ist noch kein Urteil eingetroffen und der 70jährige N. und sein Sohn leben noch in Ungewißheit.

Lokales.

Thorn, 18. Oktober.

— [Stadtverordnetenversammlung] am 17. Oktober, Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind die Herren Erster Bürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Stachowitz, Syndicus Kelch, Stadtrath Rubies sowie 26 Stadtverordnete; die Verhandlungen leitet Herr Stadtverordnetenvorsteher Professor Voithke. Für den Verwaltungsausschuss berichtet zunächst Herr Wolff: Für die vertretungsweise Ertheilung des evangelischen Religionsunterrichts an der höheren Töchterschule, wöchentlich 2 Stunden, welcher durch die vorhandenen Lehrkräfte nicht ertheilt werden kann, werden pro Stunde 2 M. bewilligt. — Die aushilfsweise Einstellung des Fr. Eichholz als Turnlehrerin bei der höheren und Bürgerschule zur Entlastung von Fr. Schulz wird genehmigt. — Die Verwaltung der erledigten Konrektorstelle an der Knabenmittelschule durch den cand. phil. Kowalski wird genehmigt und eine monatliche Entschädigung von 100 M. bewilligt. — Von einem Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten über Anlegung von Holzstofffabriken wird Kenntnis genommen. — Der Magistrat beantragt die Verlängerung des Vertrages mit dem Schankhauspächter Julius Kruckowski bezüglich des Schankhauses III auf weitere 3 Jahre bis 1. April 1898 für den jährlichen Pachtzeit von 610 M. Herr Kordes sowie Herr Cohn führen darüber Beschwerde, daß die Uferdeputation mit dieser Angelegenheit sich nicht vorher befaßt habe, sondern der Magistrat den Antrag auf Verlängerung des alten Vertrages stelle, während doch bei einer Neuaußschreibung eine höhere Pacht erzielt werden könnte. Herr Dr. Kohli entgegnet, daß hier keine Abweichung von der bisherigen Praxis stattgefunden habe, daß aber in Zukunft die betr. Deputation fragt werden könnte. Ein Antrag, die Pacht neu auszuschreiben, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben, der Magistratsantrag wurde darauf angenommen, jedoch mit dem Zusatz, daß fortan die Uferdeputation bei diesen Verpflichtungen fragt werden solle. — Der Herr Regierungspräsident zu Marienwerder reicht das Ortsstatut betreffend die Erhebung des Wasserzinses zurück mit dem Bemerkung, daß dasselbe seiner Genehmigung nicht bedarf, da es sich hier nicht um eine neue Steuer handele. Das Statut über den Anschluß der Grundstücke an die städtische Kanalisation ist von dem Ministerium dem Herrn Regierungspräsidenten zurückgegeben worden mit der Verfügung, den Ausführungsbestimmungen zu § 8 desselben eine abgeänderte Fassung zu geben. Den abgeänderten Entwurf dieses §, der von der vierteljährlichen im Verhältnis zu dem Taxwert der Gebäude zu bestimmenden Erhebung der Abgaben handelt, wird zugestimmt. — An Stelle des verstorbenen Lehrers Appel wird Herr Hartmann als Mitglied der Parkdeputation gewählt. — Zum Wahlvorstand für die im Monat November d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen werden als Beisitzer die Herren Preuß und Wegener, als Stellvertreter die Herren Lambek und Illgner gewählt. — Für den Finanzausschuss referirt nunmehr Herr Dietrich: Die Beleihung des Grundstücks Altstadt Nr. 192 mit noch 500 M. hinter bereits eingetragenen 1200 M. wird genehmigt. — Von der Bescheinigung, daß gekündigte der Kammereiverwaltung gehörige Effekten nicht vorhanden sind, wird Kenntnis genommen. — Die städtischen Lehrer und Lehrerinnen haben an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung ein Gesuch um Anrechnung der ganzen auswärtigen Dienstzeit und Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses gerichtet. Die Schuldeputation hat an eine Reihe von Städten die Anfrage gerichtet, wie es dort in dieser Beziehung gehalten werde und nach Eingang der Antworten hat der Magistrat beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß das Gehalt der Lehrer in den letzten Jahren erhöht worden ist und daß ferner dadurch der Stat erheblich belastet werde und schließlich die übrigen städtischen Beamten den gleichen Anspruch erheben könnten, das Gesuch abzulehnen. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls die Ablehnung des Gesuchs seitens der Stadtverordneten, welche auch erfolgt nachdem Herr Professor Feuerabend noch bemerkt hat, daß ein Vergleich der Lehrer mit den anderen städtischen Beamten nicht zu, da der Stat überall da, wo er Zuflüsse den Lehrergehältern zahle, die volle Anrechnung auch der auswärtigen Dienstzeit fordere. — Die Rechnung der städtischen Sparkasse für das Jahr 1893 ergibt eine Einnahme von 1 381 623 M., Ausgabe 1 033 981 M., Bestand 347 634 M., Spareinlagen 2 426 415 M. und 5607 Sparkassenbücher. — Bekanntlich war von dem Herrn Regierungspräsidenten gefordert worden, diejenigen Lehrer, welche nicht an Volks- bzw. Gemeindeschulen angestellt sind, zur Zahlung von Gemeindeskosten heranzuziehen; die Erhebungen des Magistrats haben nun ergeben, daß sich diese Verfügung auf 24 Lehrer erstreckt, mit Rücksicht darauf jedoch, daß die Steuer nur eine sehr niedrige sein wird, wurde von einer Gehaltserhöhung der Lehrer Abstand genommen. — Der hohe Überschuss der Forstverwaltung im Rechnungs-Jahre 1892/93 wird seitens des Magistrats damit erklärt, daß in dem betreffenden Jahre in den Stat eingezogene Ausgaben nicht zur Ausgabe gelangten und daß aus dem Kieslager und aus den Schlägen die Erträge bedeutend höher waren. Herr Kordes führt darüber Beschwerde, daß der Dezernent der Forstverwaltung wieder nicht anwesend sei, Herr Dr. Kohli entgegnet, daß er verhindert und von ihm beurlaubt sei. Herr Kordes ist der Ansicht, daß der Herr Obersförster gar nicht berechtigt sei, das Dezernat der Forstverwaltung zu führen, während Herr Dr. Kohli der entgegengesetzten Ansicht ist. Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die mit dem Herrn Obersförster abgeschlossenen Vertragsbedingungen vorzulegen, wird abgelehnt. — An Entschädigungen aus Anlaß der Cholera werden an 9 Familien Beträge von 20—50 M. insgesamt 298 M. bewilligt. — Der Magistrat beantragt, vom 15. Oktober ab die Erhebung des Wasserzinses und der Abgabe für die Kanalisation zu genehmigen, es könnten zwar die Hausbesitzer zu den Kanalabgaben vorläufig nicht angehalten werden, da das Ortsstatut noch nicht genehmigt sei, andererseits aber müsse doch das angelegte Kapital von etwa 2 Millionen verzinst werden; denselben Hausbesitzern, welche die Abgabe verweigern würden, solle die Kanalisation gesperrt werden, die Abgaben werden nach einer ungefähren Schätzung 90 Pf. der Gebäudesteuer betragen. Herr Dietrich bellagt sich über die Höhe der Abgabe, Herr Kriewies meint, die Absperrung des Kanals werde sich wohl schwer durchführen lassen, Herr

Lebrett meint, wenn die Abgaben so hoch seien, müssten sie zum Theil von der Allgemeinheit der Steuerzahler getragen werden, die Hausbesitzer könnten höchstens 50 p.Ct. der Gebäudesteuer zahlen, auch sei s. g. vom Magistratsbüro aus erklärt worden, die Abgaben würden nicht viel mehr als diejenigen beim Tonnensturm betragen. Herr Stachowiz erklärt, daß Ministerium verlange, daß diese Gebühren von den Hausbesitzern getragen werden und die Versammlung habe dasselbe in dem Ortsstatut auch beschlossen, jetzt könne es sich also nur noch um den Zeitpunkt handeln, von welchem ab die Gebühren erhoben werden sollen. Auf eine Anfrage des Herrn Kriewes wird mitgetheilt, daß die fiskalischen Gebäude ebenso wie die Privathäuser behandelt werden. Herr Dietrich wünscht bis zur nächsten Sitzung eine genaue Aufstellung, wieviel die Abgaben eigentlich betragen sollen, man könne doch nicht die Erhebung von Gebühren beschließen, ohne sich über die Höhe derselben im Klaren zu sein. Herr Kolinski spricht in gleichem Sinne. Nachdem Herr Stachowiz noch bemerkt, daß die Höhe der Abgaben natürlich nach der Höhe der Kosten, die noch nicht feststehen, richte, wird die Erhebung des Wasserzinses vom 15. Oktober ab beschlossen, die Erhebung der Abgabe für die Kanalisation dagegen abgelehnt. Nach dieser Beschlusssitzung weist Herr Wolff darauf hin, daß die Kosten der Verzinsung für die Kanalisation doch aufgebracht werden müssen und beantragt, den Magistrat zu erläutern, der Versammlung bis zur nächsten Sitzung einen Kostenanschlag vorzulegen. Herr Dietrich erklärt, daß die Hausbesitzer ja gern bezahlen wollen, aber die Höhe der Summe müsse vorher festgesetzt werden, ihm entgegnen die Herren Dr. Kohli und Stachowiz, daß nach dem nun erfolgten Beschluss der Versammlung vorläufig keine Abgaben erhoben werden könnten und ein späterer Beschluss in dieser Hinsicht keine rückwirkende Kraft haben könne, Herr Professor Feyerabend betont noch, daß die Versammlung eigentlich nun darüber zu beschließen habe, in welcher Weise vorläufig bis zur Erhebung der Abgabe das Geld für die Verzinsung des angelegten Kapitals aufgebracht werden solle; zum Schluß der zeitweise rechtfertigten Dabate wurde der oben erwähnte Antrag Wolff angenommen. — Die Erwerbung eines als Strafenland freigelegten 4 Quadratmeter großen Landstücks von dem Buchdruckereibesitzer Dombrowski zum Preise von insgesamt 200 M. wird genehmigt.

[Militärisches.] Schulz, Pr.-Lt. D. zuletzt von der Inf. 1. Aufgebots des Landw.-Bezirks Thorn, die Erlaubnis zum Tragen der Landw.-Armee Uniform ertheilt.

[Bahn-Starker Güterverkehr.] Bei neuer Eisenbahn herrscht zur Zeit ein großer Mangel an offenen und bedeckten Wagen, so daß die Verwaltung darauf Bedacht nehmen muß, den Wagenumlauf mit allen Mitteln zu fördern. Hierzu gehört vor allen Dingen die pünktliche Entladung der angekommenen Wagen. Die Entladefrist beträgt 12 Stunden, während welcher der Wagen entladen sein muß. Für das Überstehen muß Standgeld bezahlt werden, doch steht dieser Betrag in gar keinem Verhältnis zu den Ausfällen, welche die Eisenbahn durch Nichtbenutzung, namentlich in Zeiten großen Verkehrs, erleidet.

[In der Zucker-Berufsgenossenschaft] sind bei den Bezirkswahlen auf die Wahlperiode vom 1. Oktober d. J. bis 30. September 1897 im Bezirk 13, Kuhmsee, gewählt worden als Vertrauensmann: Fabrikdirektor Schmitz in Neu-Schönsee bei Schönsee, Stellvertreter: Fabrikdirektor Mallisch in Znin. Der Bezirk umfaßt die 13 Fabriken: Amsee, Kuhmee, Gorgenburg, Kruszwitz, Melno, Nakl, Neu-Schönsee, Schwez, Szyborze, Tuczno, Unislaw, Wierzchowice, Znin.

[Die polnische landeskundliche Bank] beabsichtigt zwecks Erweiterung ihres Arbeitsfeldes eine Erhöhung ihres Aktientakapitals von 1200000 Mark auf 2000000 Mark. Die neue Emission wird 800 Aktien à 1000 Mark umfassen und mit 3½ p.Ct. verzinslich sein. Die Bank bietet in den polnischen Zeitungen wieder eine Anzahl von Ansiedlungsstellen zum Verkauf aus, woraus zu schließen, daß die Neigung zum Verkaufen in polnischen landwirtschaftlichen Kreisen noch immer sehr groß ist.

[Die erste Versammlung polnischer Kaufleute] aus den polnischen Landesteilen Preußens findet am 11. November d. J. hier selbst statt; in der selben soll ein Verband polnischer Kaufleute gebildet werden.

[Amtlicher Cholerabericht.] Cholera ist bacteriologisch festgestellt: bei dem Schiffer Ellerwaldt, Arbeiter Hausmann und der Anna Voettcher, sämtlich gestorben, sowie bei Helene Ellerwaldt in Tolkenit und bei dem in der Baracke zu Kurzebrack befindlichen Flößer Walski.

Danzig, den 17. Oktober 1894.

Bureau des Staatskommisars.

[Strafkammer.] In der gestrigen Sitzung

wurden verurtheilt: die Tischlerwitwe Josefine Lipinski geb. Gajdziewski aus Briefen wegen fahrlässiger Abgabe einer eidestattlichen Versicherung zu 1 Woche Gefängnis, der Haussdiener Constantin Glowacki aus Thorn wegen Diebstahls in zwei Fällen zu 2 Monaten Gefängnis, der Pferdehufschmied Paul Piorkowski aus Neuhof wegen Körperverletzung zu 1 Monat Gefängnis und die Bäckerlehrlinge Robert Hauser und Ferdinand Pick aus Culm wegen schweren Diebstahls zu 2 bzw. 3 Monaten Gefängnis. Beide den beiden letzteren wurde 1 Monat durch die erlittene Untersuchungshaft vorbehalt angerechnet. Der Registratur Heinrich Blumberg, dessen Ehefrau, der Haussitzer Johannes Wunsch, sämtlich aus Moker und der Landwirth Heinrich Reckling aus Bromberg wurden von der Anklage, aus Fahrlässigkeit eine eidestattliche Versicherung falsch abgegeben zu haben, freigesprochen. Drei Sachen wurden vertagt.

[Angebliche Salzquelle.] In Ottolischin glaubte man in diesem Jahre auf der Besitzung des Herrn Stägemann eine Salzquelle entdeckt zu haben. Die chemische Untersuchung einer Wasserprobe durch Herrn Stadt- und Landrat D. Helm in Danzig hat ergeben, daß dieselbe keine besonders hervorragenden Bestandtheile besitzt und daß Kochsalz nur in sehr geringer Menge darin zu finden ist. Ob Tiefbohrungen ein wesentlich anderes Resultat ergeben würden, muß dahin gestellt bleiben. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß etwa in den Jahren 1826—1837 bei Czernewitz aus demselben Grunde durch einen Ingenieur Rost Bohrlöcher angelegt wurden und daß ein Bohrloch starke Sole ergab. Warum eine Ausnutzung derselben unterblieb, ist uns unbekannt.

[Der Gustav Adolf-Zweigverein Thorn] feiert, wie schon gemeldet, sein 50jähriges Bestehen am Sonntag den 21. Oktober Abends 6 Uhr durch Gottesdienst in der altst. evangel. Kirche und am Montag Abend findet im Schützenhausaal eine Nachfeier statt.

[Der Lehrerverein] hat Sonnabend, den 20. d. Mts., 5 Uhr, im kleinen Saale des Schützenhauses eine Sitzung, in der Bericht über die Delegiertenversammlung des Provinz- und Lehrervereins erstattet werden wird. Im Anschluß an die Sitzung findet eine Neuwahl des Gauvorstehers für den Pestalozziverein statt, zu welcher sämtliche Mitglieder desselben eingeladen werden. Mittelschullehrer Dreyer lehnte eine Wiederwahl ab.

[Reklamation gegen die Gebäudesteuer.] Denjenigen Grundstücksbesitzern, welche gegen die Gebäudesteuer reklamirt haben und bereits im Besitz der Entscheidung sind, steht der Rekurs an den Finanzminister offen. Der Rekurs ist innerhalb 6 Wochen vom Tage der Zustellung der Entscheidung bei dem Ausführungs-Kommissar Herrn Landstrath Krahmer anzubringen.

[Rückständige Zinsen, Mieten u. Pachten] für städtische Kapitalien, Grundstücke, Plätze etc. müssen bis spätestens den 30. d. Mts. bei Vermeidung der Klage entrichtet sein.

[Konzert.] Die Kapelle des 21. Infanterieregiments veranstaltet heut Abend im großen Schützenhausaale ein Extrakonzert, dessen Programm mit Rücksicht auf das am Montag stattgehabte 50jährige Kapellmeisterjubiläum des Walzerkönigs Johann Strauss eine Reihe der beliebtesten Kompositionen des selben enthält.

[Über die Violinvirtuosen Fr. Elsa Barkowski.] welche in dem Konzert "Barkowski-Strahlendorff-Kämpf" auftritt, entnehmen wir der "Tägl. Rundsch." über ein in der Singakademie in Berlin stattgefundenes Konzert folgendes: "Fr. Barkowski spielte das G-moll-Konzert von Bruch, Romanze von Beethoven und Stücke von Ries, Godard und Jaszycki. Ihr Geigenton ist kräftig, rein und ausdrucksvoll; sie spielte mit großem Ton, energischer Bogenführung, vollständiger Fertigkeit und bestem Vortrag und erntete den größten und lebhaftesten Beifall."

[Kunstgemälde.] In der Buchhandlung von Walter Lambeth ist ein von Fr. Annay Hellmann hergestelltes Delgemälde, einen Blumenkorb darstellend, ausgestellt, welches durch seine hübsche Ausführung die Blicke der Vorübergehenden auf sich zieht. Fr. Hellmann, Brückenstraße 16, ertheilt bekanntlich auch Malunterricht.

[Zu recht unliebsamen Auftritten] kam es am gestrigen Abend im großen Schützenhausaale bei Gelegenheit der von Herrn Renau veranstalteten dritten hypnotischen Soiree. Schon vor Beginn der Vorstellung erregten einige Leute im Zuschauerraum durch ihr ostentatives Auftreten und rücksichtloses Gebahren auf den vorderen Plätzen den Unwillen der übrigen in der Nähe sitzenden Herrschaften und als dann später nach Beendigung der einleitenden Ansprache Herr Renau mehrere Personen aus dem Publikum aufforderte, zur Vornahme der Experimente auf die Bühne zu kommen, begaben sich auch einige dieser "Herren" dorthin in der offensiven Absicht, allerhand Unsug zu treiben, sie besaßen sogar die Ungezogenheit, sich auf der Bühne Zigaretten anzurauen. Nachdem Herr Renau unter den mannigfachsten Störungen sowohl bei der Einschläferung als auch bei den Vorführungen bis 1½/10 Uhr experimentirt hatte, mußte er zum Bedauern des größeren Theils des Publikums erklären, daß er unter

solchen Umständen nicht weiter arbeiten könne und daher die Vorstellung schließe, und als er nunmehr den Saal verlassen wollte, kam es zu höchst skandalösen Auftritten, ihm wurde der Ausgang verweigert, das Eintrittsgeld wurde zurückverlangt und allerhand Schimpfwörter wurden laut. Schließlich fanden sich zwei Herren, mit denen Herr Renau schon an vorhergehenden Abenden experimentirt hatte, bereit, eine Fortsetzung der Vorstellung zu ermöglichen und so konnten noch einige wohlgelegene Experimente vorgenommen werden, freilich nicht ohne wiederholte Störungen aus dem Publikum. — Wir haben Aehnliches in letzter Zeit mehrfach erlebt — allerdings aber bei minderwertigen Leistungen — sollte das zur Regel werden und sogar bei streng wissenschaftlichen Vorstellungen, wie die gestrige, einreichen, ohne daß die störenden Elemente rechtzeitig entfernt werden, so wird es bald dem anständigeren Theile des Publikums und besonders Damen unmöglich sein, eine derartige öffentliche Vorstellung zu besuchen.

[Der Umrangungskurs] für russische Valuta im Eisenbahnverkehr ist auf 223 M. für 100 Rubel festgesetzt worden.

[Explosion.] Bei dem an der Schuhmacher- und Mauerstraße durch die Wasserleitungs- und Kanalisationsarbeiten beschädigten Gasrohre entzündete sich gestern gegen 6 Uhr Abends durch unvorsichtigen Umgang mit Licht das dem Rohre entströmende Gas. Durch schnelles Aufschütten von Erde wurde die mannhohe Flamme erstickt.

[Eine Spritzenprobe] der städtischen Spritzen 1, 2, 3, der Gasanstalts- sowie der Krankenhauspritze findet am nächsten Sonntag früh 7 Uhr statt; die Bedienungsmannschaften haben pünktlich am Spritzenhause zu erscheinen.

[Temperatur] heute Morgens 8 Uhr 3 Grad C. Wärme; Barometerstand 27 Zoll 10 Strich.

[Polizeiliches.] Verhaftet wurden 7 Personen.

[Von der Weichsel.] Heutiger Wasserstand 0,33 Meter über Null.

Submissionen und Verkäufe.

Die Bahnhofswirtschaft in Stolpmünde ist vom 1. Dezember cr. zu verpachten. Angebote sind bis zum 27. Oktober Vorm. 11 Uhr an das Betriebsamt in Stolp zu richten.

Holztransport auf der Weichsel.

am 17. Oktober.

S. Don durch Graf 3 Trachten 1903 Kiefern Rundholz; A. Bacharach durch Landau 1 Tracht 920 Kiefern-Ballen, Mauerlaten und Timber, 286 Kiefern-Sleepers, 560 Kiefern-einfache Schwellen, 1037 Eichen-Rundschwellen, 42 Eichen-einfache Schwellen, 19 800 Blämler.

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 18. Oktober.

Fonds:	matt.	17 10.94
Russische Banknoten	219,05	219,05
Warschau 8 Tage	217,70	217,85
Preu. 2½% Consols	93,50	93,70
Preu. 3½% Consols	103,30	103,30
Preu. 4% Consols	105,80	105,80
Polnische Pfandbriefe 4½%	67,80	67,90
do. Liquid. Pfandbriefe	fehlt	65,70
Weißr. Pfandbr. 3½% neu! II.	100,20	100,10
Distomo-Comm. Anteile	200,10	201,75
Deßr. Banknoten	164,00	164,15
Weizen:	Oktober	125,75
Mai	133,50	126,00
Loco in New-York	55½	134,00

Roggen:

Loco 108,00 103,00
Oktober 107,50 108,00

Dezbr. 109,50 110,25

Mai 114,50 115,25

Rübbi: Oktober 43,50 43,40
Mai 44,50 44,10

Spiritus:

Loco mit 50 M. Steuer	51,90	52,10
do. mit 70 M. do.	32,20	32,40
Oktober 70er	35,90	36,10
Mai 70er	37,80	38,10

Wechsel-Diskont 3%, Bombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. 3½%, für andere Effeten 4%.

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 18. Oktober

v. Bortkow u. Grothe.

Loco cont. 50er —, Pf. 51,50 Gd —, bez.

nicht conting. 70er —, 31,75 —, —

Oktober —, —, —, —

Getreidebericht

der Handelskammer für Kreis Thorn.

Thorn, den 18. Oktober 1894.

Wetter: rauh.

Weizen: fast unverändert, Zufuhren schwach, 180 31

Pfd. hell 117/18 M., 133/34 Pfd. hell 119/20 M.,

129 Pfd. bunt 115 M.

Roggen: unverändert, 121 Pfd. 98 M., 122/25 Pfd.

99/100 M.

Gerste: keine Ware fest, keine Brauware 122/26

M., feinste über Notiz, gute Mittelware 110/14

M., geringe schwer verfälsch.

Hafer: guter 102/5 M., besetzter schwer verfälsch.

Alles vor 1000 Kilo ab Wahr verzollt.

Städtischer Viehmarkt.

Thorn, 18. Oktober 1894.

Zum Verkauf standen 320 Schafe, darunter 26

fette; bezahlt wurde für fette 36—38 M., für magere

32—35 M.

Neueste Nachrichten.

Petersburg, 17. Oktober. Viele in

Rußland ansäßige czechischen Bauern verlassen

Rußland wieder, um sich in Bosnien an-

siedeln.

Rom, 17. Oktober. Wie verlautet, sollen der Schatz- und der Finanzminister noch nichts bestimmtes über die neuen Steuern im Betrage von 40 Millionen beschlossen haben. jedenfalls wird von dem Plan des Ministers vor Beginn der Kammerverhandlungen nichts bekannt werden, da man befürchtet, daß die Vorlage derartig heftig angegriffen werden würde, daß die Regierung in der Kammer nicht mehr den Bericht werde vorlegen können. Nur die Minister Cripi, Sonnino, Boselli sollen von dem Par wissen, während die übrigen Minister noch keine Kenntnis von demselben haben.

Paris, 17. Oktober. Das "Echo" berichtet, daß die Expedition nach Madagascar aus drei Brigaden besteht, die von zwei Infanteriegenerälen und einem hohen Marineoffizier befehligt werden. Der "Graf" zufolge enthält das Ultimatum an die Howas-Regierung folgende Bedingungen: Anerkennung des französischen Protektorats über Madagaskar mit allen politischen Konsequenzen und Einrichtung einer französischen Garnison in Tananarivo. Den Howas werden acht Tage Bedenkzeit gegeben.

Paris, 17. Oktober. Infolge der ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand des Zaren sagten die Großfürsten Vladimir und Alexis alle offiziellen Einladungen ab und werden während ihres hiesigen Aufenthalts im Restaurant speisen.

